

# „Beim Rußfilter nicht blockieren“ Grüne appellieren an Teufel

Stuttgart (lsw/old) – Die von der Bundesregierung geplante Förderung von Rußfiltern für Diesel-Pkw fällt nach Ansicht von Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) zu gering aus. Die Grünen forderten die Landesregierung auf, die steuerliche Förderung des Rußfilters nicht zu blockieren.

Das vom Land Baden-Württemberg seit Jahren befürwortete Instrument sei „erstauulich zögerlich“ angewendet worden, monierte Teufel. Das Land habe stets eine Förderung von 600 Euro für den Filtereinbau gefordert. Jetzt soll der Rabatt bei 350 Euro

für Neufahrzeuge und bei 250 Euro für nachgerüstete Diesel-Pkw liegen.

Zudem habe die Bundesregierung finanziell die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Eine Regelung über die Kfz-Steuer müsse gefunden werden, welche für die Länder, denen diese Steuer zusteht, aufkommensneutral sein müsse. Der vom Bund von 2006 an für zwei Jahre vorgeschlagene Bonus wird über die Kfz-Steuer finanziert. Derzeit wird noch über einen Tausch der Kfz-Steuer gegen die bisher dem Bund zustehende Versicherungssteuer diskutiert. Bei einem Steuertausch wäre der Bund für die Kfz-Steuer und somit auch für die Rußfilter-Regelung zuständig.

„Mit einem Fuß Vollgas, mit dem anderen auf der Bremse“, so charakterisierte der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer die Reaktion von Teufel. Palmer: „Wenn der

Landesregierung die Förderung zu gering ist, sie aber im Bundesrat das Gesetz blockiert, weil es angeblich nicht aufkommensneutral sei, so ist dies nicht nachvollziehbar.“ Mann könne nicht noch höhere Förderung verlangen und gleichzeitig über Steuerfälle jammern. Palmer bezweifelt zudem grundsätzlich, dass den Ländern Nachteile entstünden. Aus dem Mineralölsteuerausgleich bei der Kfz-Steuer erhalten die Länder nach einem Rechenmodell der Grünen durch das sich abzeichnende Anwachsen der Dieselflotte in den nächsten Jahren ständig steigende Einnahmen. Dies summiere sich bis 2008 auf 1,6 Milliarden Euro. Die Förderung hingegen mache 1,5 Milliarden Euro aus. Unterm Strich entstünden den Ländern keine Einbußen. Palmer forderte daher die Landesregierung auf, „ihre Blockadehaltung aufzugeben“.